

Der renommierte US-Publizist Paul Craig Roberts wirft den US-Regierungen vor, die Welt in die Gesetzlosigkeit getrieben zu haben und im Konflikt mit dem Iran neben ihrer Glaubwürdigkeit auch die noch verbliebene Macht der USA zu verspielen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 086/12 – 29.04.12**

Washington treibt die Welt in die Gesetzlosigkeit

Von Paul Craig Roberts

Institute for Political Economy, 12.04.12

(<http://www.paulcraigroberts.org/2012/04/12/washington-leads-world-into-lawlessness/>)

Die US-Regierung gibt vor, die Gesetze zu achten, die Menschenrechte zu respektieren und den US-Bürgern Freiheit und Demokratie zu gewähren. Der Anspruch und die tatsächliche Politik Washingtons stehen aber in einem diametralen Gegensatz zueinander.

Vertreter der US-Regierung werfen anderen Regierungen regelmäßig vor, sie seien undemokratisch und verletzen die Menschenrechte. Dabei überfällt nur ein (von den USA protegiertes) Staat – nämlich Israel – andere souveräne Staaten und bringt mit Bomben, Raketen und Drohnen Zivilisten um. Mit den Foltergefängnissen Abu Ghraib und Guantánamo und den Geheimgefängnissen für CIA-Entführungsoffer haben sowohl die Bush- als auch die Obama-Regierung die Menschenrechte mit Füßen getreten.

Washington verletzt auch die Menschenrechte seiner eigenen Bürger. Es hat nicht nur die in der US-Verfassung garantierten Bürgerechte außer Kraft gesetzt, sondern auch erklärt, US-Bürger ohne rechtsstaatliches Verfahren unbefristet einsperren zu wollen. Präsident Obama hat angekündigt, dass er selbst veranlassen wird, dass US-Bürger umgebracht werden, die er als Bedrohung für die USA ansieht.

Der Kongress hat auf diese rechtswidrigen Ankündigungen nicht mit einem Amtsenthebungsverfahren reagiert. Es gab auch keinen Aufstand der Bundesgerichte, der juristischen Fakultäten oder der Anwaltsvereinigungen. Glenn Greenwald hat berichtet, das Ministerium für Innere Sicherheit (Infos dazu unter http://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_f%C3%BCr_Innere_Sicherheit_der_Vereinigten_Staaten) habe Journalisten unter Druck gesetzt, die nicht in seinem Sinne berichteten, und auf Videos ist das brutale Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten der Occupy-Bewegung zu sehen. Chris Floyd hat die perversen Folterer beschrieben, die über die USA herrschen (s. <http://www.chrisfloyd.com/component/content/article/1-latest-news/2235-the-way-of-the-drone-emblem-for-an-empire-of-cowards.html>).

Washington zwingt auch immer wieder Staaten dazu, gegen internationale Abkommen und das Völkerrecht zu verstoßen. Washington will durchsetzen, dass nur es allein zu bestimmen hat, welche Regeln auf der Welt gelten. Jedes Land, das keine Ausnahmegenehmigung Washingtons hat und trotzdem Handel mit dem Iran treibt oder iranisches Öl kauft, muss mit US-Sanktionen rechnen. Solche Länder werden von den US-Märkten ausgeschlossen, und ihren Banken soll der Zugang zum internationalen Zahlungsverkehr verwehrt werden. Eigentlich richten sich Washingtons „Sanktionen gegen den Iran“ vor allem gegen die Länder, die sich Washington widersetzen und ihren Energiebedarf weiterhin mit iranischem Öl decken wollen.

Nach Angaben der US-Zeitung Christian Science Monitor hat Washington bisher nur Ja-

pan und zehn Ländern der Europäischen Union das Sonderrecht eingeräumt, weiterhin iranisches Öl kaufen zu dürfen. Washington verlangt von anderen Staaten, ihrer Wirtschaft zu schaden und sich seinem Rachefeldzug gegen den Iran anzuschließen, einem Rachefeldzug, den es seit über 30 Jahren führt, weil es nicht verkräften konnte, dass seine Marionette, der Schah von Persien, gestürzt wurde. Nur Japan darf mit Genehmigung Washingtons auch weiterhin 78-85 Prozent seines bisher aus dem Iran importierten Öls beziehen.

Washingtons Gewährung von Sondergenehmigungen ist völlig willkürlich. Für China, Indien, die Türkei und Südkorea werden keine Ausnahmen gemacht. Indien und China sind die größten Abnehmer iranischen Öls, und auch die Türkei und Südkorea gehören zu den zehn größten Abnehmern. Bevor wir uns mit möglichen unbeabsichtigten Auswirkungen des Washingtoner Rachefeldzuges gegen den Iran befassen, ist zu untersuchen, was Washington dem Iran überhaupt vorwirft.

Washington hat eigentlich keinerlei rechtliche Handhabe. Es wärmt nur den (schon beim Irak versuchten) Schwindel mit den "Massenvernichtungswaffen" wieder auf. Der Iran ist im Gegensatz zu Israel dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen beigetreten (s. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Abruestung/Nukleares/NVV_node.html). Alle Unterzeichnerstaaten dieses Vertrages haben auch das Recht zur friedlichen Nutzung der Atomenergie. Washington behauptet, der Iran verstoße gegen diesen Vertrag, weil er Atomwaffen entwickle. Es hat aber keinerlei Beweise für seine Behauptung. Alle 16 US-Geheimdienste sind sich einig, dass der Iran seit 2003 kein Atomwaffenprogramm mehr betreibt. Außerdem haben Waffeninspektoren der International Atomic Energy Agency / IAEA, die den Iran regelmäßig überwachen, immer wieder festgestellt, dass er kein nukleares Material aus seinem Programm zur Energiegewinnung für ein Atomwaffenprogramm abgezweigt hat.

Wenn Washington auf diese Fakten hingewiesen wird, verbreitet es trotzdem seine abweichende Meinung. Washington behauptete einfach, der Iran dürfe, obwohl er den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen unterzeichnet hat, überhaupt kein Atomprogramm zur Energiegewinnung betreiben, weil er dadurch im Lauf der Zeit genügend Erfahrungen sammeln werde, um in Zukunft eine Atombombe bauen zu können. Der Weltpolitiker (USA) hat befunden, das Risiko, dass der Iran eines Tages beschließen könnte, eine Atomwaffe zu bauen, sei einfach zu groß. Washington hält es für besser, den Ölpreis hochzutreiben, die Weltwirtschaft zu ruinieren, das Völkerrecht zu brechen und einen großen Krieg zu riskieren, um sich keine Sorgen mehr darüber machen zu müssen, dass eine zukünftige iranische Regierung Atomwaffen bauen könnte. Das ist genau die selbstherrliche Rechtsauffassung des Jeremy Bentham (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Jeremy_Bentham), die das angloamerikanische Rechtssystem verworfen hat.

Es ist kaum möglich, der Position Washingtons Rechtmäßigkeit zu bescheinigen. Außerdem hat Washington nie erklärt, warum es eine iranische Atombombe für ein so großes Risiko hält. Warum sollte dieses Risiko so viel größer sein, als die Risiken, die von den Atomwaffen der Sowjetunion ausgingen oder die heute von den Atomwaffen der USA, Russlands, Chinas, Israels, Pakistans, Indiens und Nordkoreas ausgehen? Der Iran ist ein relativ kleines Land. Er hat nicht den Ehrgeiz Washingtons, die Welt beherrschen zu wollen. Im Gegensatz zu Washington liegt der Iran auch nicht im Krieg mit einem halben Dutzend Ländern. Warum zerstört Washington die Reputation der USA, ein Rechtsstaat zu sein, und riskiert einen großen Krieg und den weiteren wirtschaftlichen Niedergang wegen irgendeiner möglichen zukünftigen Entwicklung, deren Auswirkungen noch nicht abzusehen sind (und weit überschätzt werden)?

Es gibt keine einleuchtende Antwort auf diese Frage. Da sie keine Beweise für ihre Behauptungen haben, mit denen ihre Rechtsauffassung zu begründen wäre, versuchen Washington und Israel, den Iran zu verteufeln. Die (längst widerlegte) Lüge, der derzeitige Präsident des Irans wolle Israel von der Landkarte tilgen, wird immer wieder als Wahrheit aufgetischt.

Diese Lüge wird zu Propagandazwecken ständig wiederholt, obwohl mehrere Sprachexperten nachgewiesen haben, dass der iranische Präsident falsch übersetzt wurde und dass diese falsche Übersetzung von den USA und Israel absichtlich missbraucht wird (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP04309_210209.pdf). Für Washington und die sich prostituierenden US-Medien zählen Tatsachen einfach nicht. Sie verfolgen eine bestimmte Absicht, und die wollen sie auch mit dieser (ständig wiederholten) Lüge durchsetzen.

Die von Washington verhängten Sanktionen könnten es selbst am Ende härter treffen als den Iran. Was kann Washington tun, wenn sich Indien, China, die Türkei und Südkorea seinen Drohungen nicht beugen?

Nach neueren Berichten sind Indien und China nicht bereit, sich selbst in Schwierigkeiten zu bringen und ihre wirtschaftliche Entwicklung zu beeinträchtigen, nur um Washingtons Rachefeldzug gegen den Iran zu unterstützen. In Anbetracht des raschen chinesischen Aufstiegs und Nordkoreas Weigerung, sich dem Druck der USA zu beugen, könnte auch Südkorea darüber nachdenken, wie lange es noch ein Marionettenstaat Washingtons bleiben will. Die zivile, dem Islam verpflichtete türkische Regierung hat es geschafft, sich aus der Bevormundung des von den USA kontrollierten türkischen Militärs zu lösen, und scheint auch langsam zu erkennen, dass Washington und die NATO die Türkei nur als "Handlanger" gegen ihre Glaubensbrüder benutzen wollen. Es scheint so, als sei die türkische Regierung dabei, darüber nachzudenken, ob es ihr überhaupt noch Vorteile bringt, Washington zu Diensten zu sein.

Die Türkei und Südkorea müssen sich grundsätzlich entscheiden, ob sie unabhängige Länder werden oder weiterhin zum US-Imperium gehören wollen. Der Erfolg eines Angriffs der USA und Israels auf die Unabhängigkeit des Irans hängt entscheidend vom Verhalten Indiens und Chinas ab.

Was könnte Washington tun, wenn Indien und China seinen Forderungen nicht nachkommen? Absolut nichts. Wird Washington in seiner grenzenlosen Überheblichkeit dann auch Sanktionen gegen Indien und China verhängen?

Die Regale der Kaufhauskette Walmart (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Walmart>) blieben leer, und das größte US-Einzelhandelsunternehmen würde dem Weißen Haus deshalb die Türen einrennen.

Apple Computer und zahllose andere große US-Konzerne, die ihre Produktion für den US-Markt nach China ausgelagert haben, würden ihre Profite schrumpfen sehen. Zusammen mit ihren Verbündeten von der Wall Street würden diese mächtigen Unternehmen die Irren im Weißen Haus stärker unter Druck setzen, als das die Rote Armee jemals tun konnte. Der chinesische Handelsüberschuss würde nicht mehr in US-Staatsanleihen angelegt werden, und die Verschuldung der USA würde noch stärker wachsen. Die nach Indien ausgelagerten Verwaltungsarbeiten von Banken, Kreditkartenunternehmen und Kundendienstabteilungen von Dienstleistern in den gesamten USA würden plötzlich eingestellt.

In den USA bräche das Chaos aus. Das sind die Folgen, wenn ein Imperium ganz auf Globalisierung ausgerichtet ist.

Der Schwachkopf im Weißen Haus und die neokonservativen und israelischen Kriegstreiber, die ihn in immer neue Kriege drängen, haben noch nicht kapiert, dass die USA nicht mehr unabhängig sind. Die USA sind abhängig von den Konzernen, die ihre Arbeitsplätze ausgelagert haben, und von den fremden Ländern, in die diese Konzerne ihre Produktion für die US-Märkte verlegt haben. Sanktionen gegen China, Indien oder Südkorea wären Sanktionen gegen US-Konzerne. Sanktionen gegen die Türkei würden sich gegen einen NATO-Verbündeten richten.

Begreifen China, Indien, Südkorea und die Türkei eigentlich, dass sie alle Trümpfe in der Hand haben? Verstehen sie, dass sie dem US-Imperium den Vogel zeigen und es in den Untergang treiben können, oder sind sie so gehirngewaschen wie Europa und die anderen Staaten der Welt, die immer noch meinen, sich nicht gegen die einst so mächtigen USA auflehnen zu können?

Werden China und Indien die USA ihre Macht spüren lassen, oder werden die beiden Staaten nur vorgeben, sie spielten mit, damit Washington sein Gesicht wahren kann, während sie ungehindert iranisches Öl beziehen?

Welche geheimen Zugeständnisse wird Washington China und Indien dafür machen müssen, dass sie weiterhin so tun, als habe Washington noch die Macht, der übrigen Welt seinen Willen aufzuzwingen? Werden sie verlangen, dass sich die USA ganz aus dem Südchinesischen Meer zurückziehen?

Ohne Zugeständnisse an China und Indien wird Washington gedemütigt zusehen müssen, wie seine Macht immer weiter schwindet. Ein Staat, der keine Industrie- und Verbrauchsgüter mehr erzeugen, sondern nur noch Schuldverschreibungen und (wertlose) Dollars drucken kann, hat seine Macht verspielt. Er ist ein gescheitertes heruntergekommenes Gebilde, das sich nur noch so lange aufspielen kann, bis das sprichwörtliche Kind sagt: "Der Kaiser ist doch nackt."

(Wir haben den Roberts-Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

US-Regierungen haben das Völkerrecht bisher vor allem als Waffe gegen missliebige Staaten benutzt, sich aber selbst immer dann darüber hinweggesetzt, wenn sie sich bei der Realisierung ihrer imperialistischen Ziele behindert fühlten. Die jeweiligen Regierungen der Bundesrepublik Deutschland haben dabei immer widerstandslos Komplizendienste und tatkräftige Unterstützung geleistet.

Als Clinton ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates über Serbien hergefallen ist, hat die rot-grüne Regierung Schröder / Fischer nicht nur Bomber, sondern auch Soldaten geschickt. Bei dem völkerrechtswidrigen Überfall Bushs auf Afghanistan hat Schröder sofort uneingeschränkte Unterstützung angeboten und nur deshalb keine deutschen Soldaten für den ebenfalls völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak abgestellt, weil er seine Wiederwahl sichern wollte. Auch Frau Merkel hat in ihrer großen Koalition mit Steinmeier und in ihrer schwarzgelben Koalition mit Westerwelle immer mehr deutsche Soldaten nach Afghanistan geschickt und – wie Schröder vor ihr – zugelassen, dass die USA und die NATO ihre Militärbasen in der Bundesrepublik Deutschland ohne jede Einschränkung zur Vorbereitung und Führung ihrer Angriffskriege nutzen konnten. Auch der völkerrechtswidrige Luftkrieg gegen Libyen wurde wieder von deutschem Boden aus dirigiert, obwohl das nach Ar-

tikel 26 unseres Grundgesetzes verfassungswidrig und strafbewehrt ist. Zur Zeit wird in und über unserem Land wieder heftig für den völkerrechtswidrigen Überfall auf den Iran geübt. Wie glaubwürdig ist Kanzlerin Merkel, wenn sie bei jedem Zusammentreffen mit russischen oder chinesischen Politikern die Achtung der Menschenrechte einfordert, die ja auch ein wesentlicher Bestandteil des Völkerrechts sind?

Auch den fortschreitenden Abbau demokratischer Rechte, der immer noch mit den nach wie vor ungeklärten Anschlägen am 11.09.2001 begründet wird, haben die Bundesregierungen untätigst und pflichteifrigst mitvollzogen. Dass sich die Regierenden des größten und einflussreichsten EU-Landes Bundesrepublik Deutschland maßgeblich an der Zerstörung des weltumspannenden Rechtgefüges beteiligt haben, hat entscheidend zur allgemeinen Politiker- und Parteien-Verdrossenheit der Bundesbürger beigetragen.

Eine Renaissance des Völkerrechts und des allgemeinen Rechtsempfindens ist nur möglich, wenn sich die Völkergemeinschaft den mit den Praktiken des Faustrechts verfolgten Herrschaftsanspruch des US-Imperiums nicht mehr länger bieten lässt und endlich auch die Verstöße gegen das Völkerrecht anprangert, die von den USA und ihren Verbündeten begangen werden.



Washington Leads World Into Lawlessness

April 12, 2012

The US government pretends to live under the rule of law, to respect human rights, and to provide freedom and democracy to citizens. Washington's pretense and the stark reality are diametrically opposed.

US government officials routinely criticize other governments for being undemocratic and for violating human rights. Yet, no other country except Israel sends bombs, missiles, and drones into sovereign countries to murder civilian populations. The torture prisons of Abu Gahraib, Guantanamo, and CIA secret rendition sites are the contributions of the Bush/Obama regimes to human rights.

Washington violates the human rights of its own citizens. Washington has suspended the civil liberties guaranteed in the US Constitution and declared its intention to detain US citizens indefinitely without due process of law. President Obama has announced that he, at his discretion, can murder US citizens whom he regards as a threat to the US.

Congress did not respond to these extraordinary announcements with impeachment proceedings. There was no uproar from the federal courts, law schools, or bar associations. Glenn Greenwald reports that the Department of Homeland Security harasses journalists who refuse to be prostitutes, and we have seen videos of the brutal police oppression of peaceful OWS protestors. Chris Floyd describes the torture-perverts who rule the US.

Now Washington is forcing as much of the world as it can to overthrow international treaties and international law. Washington has issued a ukase that its word alone is international law. Any country, except those who receive Washington's dispensation, that engages in trade with Iran or purchases Iran's oil will be sanctioned by the US. These countries will be cut off from US markets, and their banking systems will not be able to use banks that process international payments. In other words, Washington's "sanctions against Iran" ap-

ply not to Iran but to countries that defy Washington and meet their energy needs with Iranian oil.

According to the Christian Science Monitor, so far Washington has granted special privileges to Japan and 10 European Union countries to continue purchasing Iranian oil. Requiring countries to shutdown their economies in order to comply with Washington's vendetta against Iran, a vendetta that has been ongoing ever since the Iranians overthrew the Washington-installed puppet, the Shah of Iran, more than three decades ago, was more than Washington could get away with. Washington has permitted Japan to keep importing between 78-85% of its normal oil imports from Iran.

Washington's dispensations, however, are arbitrary. Dispensations have not been granted to China, India, Turkey, and South Korea. India and China are the largest importers of Iranian oil, and Turkey and South Korea are among the top ten importers. Before looking at possible unintended consequences of Washington's vendetta against Iran, what is Washington's case against Iran?

Frankly, Washington has no case. It is the hoax of "weapons of mass destruction" all over again. Iran, unlike Israel, signed the non-proliferation treaty. All countries that sign the treaty have the right to nuclear energy. Washington claims that Iran is violating the treaty by developing a nuclear weapon. There is no evidence whatsoever for Washington's assertion. Washington's own 16 intelligence agencies are unanimous that Iran has had no nuclear weapon's program since 2003. Moreover, the International Atomic Energy Agency's weapons inspectors are in Iran and have reported consistently that there is no diversion of nuclear material from the energy program to a weapons program.

On the rare occasion when Washington is reminded of the facts, Washington makes a different case. Washington asserts that Iran's rights under the non-proliferation treaty notwithstanding, Iran cannot have a nuclear energy program, because Iran would then have learned enough to be able at some future time to make a bomb. The world's hegemon has unilaterally decided that the possibility that Iran might one day decide to make a nuke is too great a risk to take. It is better, Washington says, to drive up the oil price, disrupt the world economy, violate international law, and risk a major war than to have to worry that a future Iranian government will make a nuclear weapon. This is the Jeremy Bentham tyrannical approach to law that was repudiated by the Anglo-American legal system.

It is difficult to characterize Washington's position as one of good judgment. Moreover, Washington has never explained the huge risk Washington sees in the possibility of an Iranian nuke. Why is this risk so much greater than the risk associated with Soviet nukes or with the nukes of the US, Russia, China, Israel, Pakistan, India, and North Korea today? Iran is a relatively small country. It does not have Washington's world hegemonic ambitions. Unlike Washington, Iran is not at war with a half dozen countries. Why is Washington destroying America's reputation as a country that respects law and risking a major war and economic dislocation over some possible future development, the probability of which is unknown?

There is no good answer to this question. Lacking evidence for a case against Iran, Washington and Israel have substituted demonization. The lie has been established as truth that the current president of Iran intends to wipe Israel off the face of the earth.

This lie has succeeded as propaganda even though numerous language experts have proven that the intention attributed to the Iranian president by American-Israeli propaganda is a gross mistranslation of what the president of Iran said. Once again, for Washington and

its prostitutes, facts do not count. The agenda is all that counts, and any lie will be used to advance the agenda.

Washington's sanctions could end up biting Washington harder than they bite Iran. What will Washington do if India, China, Turkey and South Korea do not succumb to Washington's threats?

According to recent news reports, India and China are not inclined to inconvenience themselves and to harm their economic development in order to support Washington's vendetta against Iran. Having watched China's rapid rise and having observed North Korea's immunity to American attack, South Korea might be wondering how much longer it intends to remain Washington's puppet state. Turkey, where the civilian and somewhat Islamist government has managed to become independent of the US-controlled Turkish military, appears to be slowly coming to the realization that Washington and NATO have Turkey in a "service role" in which Turkey is Washington's agent against its own kind. The Turkish government appears to be reassessing the benefits of being Washington's pawn.

What Turkey and South Korea decide is basically a decision whether the countries will be independent countries or be subsumed within Washington's empire. The success of the American-Israeli assault on Iran's independence depends on India and China.

If India and China give the bird to Washington, what can Washington do? Absolutely nothing. What if Washington, drowning in its gigantic hubris, announced sanctions against India and China?

Wal-Mart's shelves would be empty, and America's largest retailer would be hammering on the White House door.

Apple Computer and innumerable powerful US corporations, which have offshored their production for the American market to China, would see their profits evaporate. Together with their Wall Street allies, these powerful corporations would assault the fool in the White House with more force than the Red Army. The Chinese trade surplus would cease to flow into US Treasury debt. The offshored-to-India back office operations of banks, credit card companies, and customer service departments of utilities throughout the US would cease to function.

In America, chaos would reign. Such are the rewards to the Empire of globalism.

The White House moron and the neoconservative and Israeli warmongers who urge him on to more wars do not understand that the US is no longer an independent country. America is owned by offshoring corporations and the foreign countries in which the corporations have located their production for US markets. Sanctions on China and India (and South Korea) mean sanctions on US corporations. Sanctions on Turkey mean sanctions on a NATO ally.

Do China, India, South Korea and Turkey realize that they hold the winning cards? Do they understand that they can give the bird to the American Empire and bring it down in collapse, or are they brainwashed like Europe and the rest of the world that the powerful Americans cannot be resisted?

Will China and India exercise their power over the US, or will the two countries fudge the issue and adopt a pose that saves face for Washington while they continue to purchase Iranian oil?

The answer to this question is: how much will Washington pay China and India in secret concessions, such as eviction of the US from the South China Sea, for their pretense that China and India acknowledge Washington's dictatorial powers over the rest of the world?

Without concession to China and India, Washington is likely to be ignored while it watches its power evaporate. A country that cannot produce industrial and manufactured goods, but can only print debt instruments and money is not a powerful country. It is a washed-up two-bit punk that can continue to strut around until the proverbial boy says: "the Emperor has no clothes".

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern